



Wenn Preise entgleisen: Profiteur:innen und Verlierer:innen?

Preise steigen, Kaufkraft sinkt, Ungleichheit wächst: Auch wenn die hohe Inflation ihren Höhepunkt überschritten hat, bleibt sie für viele Menschen in Österreich bittere Realität. Während Haushalte mit steigenden Lebenshaltungskosten kämpfen, konnten einzelne Branchen ihre Gewinne deutlich ausweiten. Ein Blick auf Ursachen, Versäumnisse und die Frage, warum Inflation nicht alle gleich trifft.

Philipp Gerhartinger, Leiter der Wirtschafts- und Verteilungspolitik in der Arbeiterkammer Oberösterreich.

Die Inflation ist eines der bestimmenden wirtschaftspolitischen Reizwörter der vergangenen Jahre. Und auch wenn die Zeiten mit monatlichen Spitzenwerten von über zehn Prozent vorbei zu sein scheinen, bleibt zu konstatieren, dass Österreich, was die Preissteigerung betrifft, immer noch deutlich über dem Durchschnitt der Eurozone liegt: im Dezember 2025 zuletzt um fast zwei Prozentpunkte! Bis Ende 2025 fiel die kumulierte Inflation seit 2020 in Österreich um fast sechs Prozentpunkte höher aus als im Durchschnitt der Eurozone. Für 2025 gehen die Prognosen (zum Zeitpunkt des Verfassens) für Österreich immer noch von einer Inflation von etwa 3,5 Prozent aus. Der Zielwert der Europäischen Zentralbank beträgt zwei Prozent.

Warum ist das ein Problem?

Inflation ist mehr als nur ein Anstieg der Preise – sie ist ein schleichender Angriff auf die Kaufkraft der Menschen. Wenn das tägliche Leben teurer wird, verlieren die Menschen zunächst real an Einkommen. Lohnerhöhungen können das in der Regel erst im Nachhinein ausgleichen.

Hinzu kommt: Die Inflation trifft nicht alle Menschen in gleicher Weise. Besonders betroffen sind einkommensschwache Haushalte, die einen großen Teil ihres Einkommens für Grundbedürfnisse wie Wohnen, Energie und Lebensmittel ausgeben – jene Preistreiber, die besonders stark zuschlagen. Demgegenüber profitieren Vermögende häufig von der Situation, weil Sachwerte wie Immobilien im Wert steigen. So kann Inflation bestehende Ungleichheiten weiter verschärfen.

Auch der Staatshaushalt ist entgegen mancher Annahme mittelfristig

kein Profiteur der Inflation, insbesondere wenn wesentliche Teile der Inflation (Energiepreise) aus dem Ausland importiert werden. Zwar steigen mit den Preisen auch die Einnahmen an Konsumsteuern und mit Verzögerung auch an Lohn- und Einkommenssteuern, Schulden werden durch Inflation auch entwertet. Allerdings steigen viele Einnahmen nur entlang der Binneninflation, also der inländisch verursachten Inflation. Viele Ausgaben (z. B. Pensionen) steigen demgegenüber aber in Anlehnung an die Gesamtinflation, also inklusive der importierten Inflation. Mittelfristig ergeben sich daraus auch für die öffentlichen Budgets große Herausforderungen.

Aus gesamtwirtschaftlicher Perspektive ist Inflation nicht minder problematisch. Unsicherheit über Preise und Löhne erschweren die wirtschaftliche Planung – für Haushalte ebenso wie für Betriebe. Unsicherheiten und mangelndes Vertrauen führen zu Zurückhaltung bei Konsum und Investitionen. Das ist Gift für das Wirtschaftswachstum. Kein Wunder, dass Österreich nicht nur mit Spitzenwerten bei der Inflation aus den letzten Jahren gekommen ist, sondern gleichzeitig mit besonders schlechten Wachstumsraten. Eine Herkulesaufgabe für die aktuelle Regierung.

Besonders ärgerlich: Ist die Inflation einmal im Wirtschaftskreislauf angekommen, ist sie viel schwerer zu bekämpfen. Denn zu hohe Inflation kann zu einem Teufelskreis führen. Und genau in einen solchen scheint Österreich geraten zu sein.

Woher kommt die Inflation?

Um das Problem zu lösen, muss man sich bewusst machen, woher es kommt. Vieles ist hausgemacht, der Ursprung

aber liegt in gestiegenen Importpreisen, insbesondere für Energie. Mit dieser Situation waren die allermeisten europäischen Staaten konfrontiert, viele davon haben die Inflation jedoch schnell in den Griff bekommen.

Die türkis-grüne Bundesregierung in Österreich war jedoch – trotz zahlreicher Aufrufe – nicht bereit, echte Preiseingriffe zu unternehmen. Ideologische Scheuklappen haben verhindert, dass die Inflation bei der Wurzel angepackt wurde.

Der internationale Vergleich zeigt, dass es auch anders möglich gewesen wäre. Zahlreiche Länder haben preispolitisch eingegriffen und so die Inflation relativ gut in Zaum gehalten. In Österreich wurde auf Einmalzahlungen gesetzt, die zwar vielen Menschen eine vorübergehende Kompensation boten, jedoch die Inflation nicht an der Wurzel packten. Hinzu kommt, dass die Preise hoch geblieben sind, während die Einmalzahlungen schon in der nächsten Periode ausblieben. Maßnahmen wie der Stromkostenzuschuss („Strompreisbremse“) und die Mietpreisbremse, welche grundsätzlich Potential hatten, die Inflation grundlegend zu bekämpfen, kamen deutlich zu spät und blieben durch Konstruktionsfehler in ihrer Wirkung beschränkt. Es waren eben keine echten Preisdeckel.

Ein Glück für viele Unternehmen, welche im Fahrwasser der ungezügelter Preissteigerung ihre Gewinne ungehindert ausdehnen konnten. Die Politik mangelnder Preiseingriffe war eben auch eine Politik, welche darauf verzichtet hat, mächtige Lobbys in ihrer Gewinnausweitung in die Schranken zu weisen. Ein Kniefall vor den Energiekonzernen, vor dem Vermietungssektor und zuletzt auch vor der Gastronomie & Lebensmittelindustrie.



Auch die Österreichische Nationalbank belegt in einer Studie, dass die zunächst stark gestiegenen Importpreise Auslöser der Inflation waren. Im nächsten Schritt, beginnend mit Mitte 2022 waren, jedoch steigende Unternehmensgewinne ausschlaggebend: zu Beginn hauptsächlich im Energiesektor, später aber auch in anderen Sektoren. Stärkere Lohnzuwächse hingegen sind gewissermaßen nur das zeitverzögerte Spiegelbild der hohen Inflation. Ist die Inflation einmal angekommen, müssen Gewerkschaften sicherstellen, dass die Arbeitnehmer:innen nicht die letzten in der Kette sind, die die Zeche bezahlen müssen.

Schulterschluss zur Preisdämpfung

Ein gesellschaftspolitischer Schulterschluss zur Preisdämpfung in der er-

sten Runde hätte auch die Lohnabschlüsse moderater möglich gemacht und so zu keiner ungezügelter Gewinn-Preis-Spirale geführt. Dafür gibt es in der Vergangenheit in Österreich auch ein gutes Beispiel, nämlich die paritätische Kommission für Preis- und Lohnfragen. Ihr gelang es in der Ölpreiskrise der 70er Jahre in sozialpartnerschaftlicher Manier Preise, Löhne und wirtschaftspolitische Maßnahmen aufeinander abzustimmen. Viele Preise durften nur erhöht werden, wenn die Unternehmen nachweisen konnten, dass diese aus eigenen Kostensteigerungen resultierten und nicht zusätzlich die Gewinne erhöhten. Damit konnte Österreich – im Gegensatz zur aktuellen Situation – die große Teuerungskrise deutlich besser bewältigen als viele andere OECD-Länder. Anders formuliert, haben die Unternehmen auf

unnötige Preissteigerungen verzichtet, im Abtausch gegen moderate Lohnforderungen der Gewerkschaften.

Genau in diese Richtung zielen aktuell geplante Maßnahmen im Bereich der Lebensmittelpreise. Zudem wurden von der neuen Dreierkoalition auch erste wichtige Schritte im Bereich der Energie- und Wohnpreise gesetzt. Unter den gegebenen Budgetrestriktionen und angesichts des fortgeschrittenen Stadiums der Gewinn-Preis-Spirale bleibt die Bekämpfung aber eine große Herausforderung, wenn gleich mit Ende 2025 bereits eine positive Trendumkehr bei Inflation wie auch Wirtschaftswachstum erkennbar war.

Aktion Autofasten 2026 - Fair zu Fuß unterwegs

Mit Beginn der Fastenzeit startet erneut die österreichweite Initiative Autofasten. Zwischen **18. Februar und 4. April 2026** sind Menschen aller Altersgruppen eingeladen, ihr Mobilitätsverhalten zu verändern und verstärkt klimafreundliche Wege zu nutzen. Die Aktion wird von den Umweltbeauftragten der katholischen und evangelischen Kirche getragen und richtet sich an Schulen, Pfarren, Senior:innen-Gruppen sowie die breite Bevölkerung. Ein Schwerpunkt liegt auf dem Projekt „Autofasten am Schulweg“: Schulen erhalten ein großformatiges Mitmachplakat, auf dem Kinder für jeden autofreien Schultag ein grünes Blatt aufkleben. Daneben richtet sich die Aktion „Öff-Schnuppern“ speziell an ältere Menschen. Pfarrgemeinden und Senior:innen-Gruppen erhalten ein eigenes Materialpaket, das den

Einstieg in die digitale Welt des öffentlichen Verkehrs erleichtert und



zu gemeinsamen Ausflügen einlädt. Für Jugendliche und Erwachsene gibt es die „Zu-Fuß-Geh-Challenge 2026“. Wer mindestens einen Kilometer geht und dies per Video

dokumentiert, nimmt automatisch am Gewinnspiel um ein regionales Klimaticket teil. Gleichzeitig fließt für jeden eingereichten Beitrag eine Summe in die Finanzierung eines Klimaanpassungsbaums. Auch ohne Video ist eine Teilnahme möglich.

Ein weiterer Höhepunkt ist der erste österreichweite „Zu-Fuß-Geh-Sonntag“ am 15. März 2026. Pfarren sind eingeladen, an diesem Tag bewusst zu Fuß zum Gottesdienst zu kommen und damit ein sichtbares Zeichen für nachhaltige Mobilität zu setzen. Die Aktion wird von der Initiative Österreich zu Fuß mit praktischen Alltagstipps unterstützt.

Im Zentrum aller Aktivitäten steht die Frage: Wie schaffen wir es, gesünder, klimafreundlicher und sozialer unterwegs zu sein? Autofasten will dazu motivieren, eingefahrene Wege zu hinterfragen.